

**(Abg. Doht)**

beim Land auch, was die Finanzierung der Landesstraßen betrifft. Dann muss ich natürlich eines sagen, ich habe überhaupt kein Verständnis, wenn die FDP hier Anträge stellt, in denen sie suggeriert, sie kämpft für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen zulasten des Landes, aber gleichzeitig auf Bundesebene weitere Anträge zur Steuersenkung stellt, Steuergelder letztendlich

(Beifall CDU, SPD)

dem Land und den Kommunen fehlen werden.

(Unruhe FDP)

Solange Sie auf Bundesebene diese Politik betreiben, sollten Sie es sich hier verkneifen, Anträge zu stellen, die sowohl für das Land als auch für die Kommunen weitere Belastungen bringen.

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP: Das haben Sie glücklicherweise nicht zu bestimmen.)

Nein, aber das wäre logisch, aber mit Ihrer Logik ist es halt nicht so weit her.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Die SPD hat noch 13 Minuten 40 Sekunden Redezeit. Ich rufe für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Abgeordnete Schubert auf. 12 Minuten Redezeit, richtig. Also, das machen wir nur heute. Das ist ja richtig anstrengend.

**Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Vielen Dank für die Ansage. Die Redezeit werde ich garantiert nicht brauchen. Ich glaube, ich habe noch nie 12 Minuten am Stück geredet hier.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich knüpfe an Frau Doht an, die auch noch einmal die Frage der Haushaltskonsolidierung angesprochen hat. Es geht tatsächlich darum, was können und wollen wir uns leisten. Die FDP, die sonst immer beim Haushalt vorn dran ist, zu sagen, wir müssen mehr einsparen, macht hier genau das Gegenteil. Das ist nicht besonders logisch. An Sie beide, auch an die Fraktion DIE LINKE, wenn ich bei so einem Gesetz nur den Gemeinde- und Städtebund anhöre, dann weiß ich, was herauskommt. Genauso wenig könnte ich als Land den Kommunalen Finanzausgleich stricken und dabei als Stellungnehmenden

(Unruhe FDP)

nur den Gemeinde- und Städtebund anhören. Das ist doch logisch, was dann rauskommt.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Es gab gar keine Anhörung. Es ging nicht einmal an den Ausschuss.)

Da gebe ich Ihnen recht. Wir hätten - ich komme gleich dazu - übergreifender darüber diskutieren müssen, aber den Gesetzentwurf an sich, da hat sich auch die Meinung unserer Fraktion nicht geändert, den lehnen wir ab, weil wir ihn nicht für sinnvoll halten. Da sind wir uns einig. Ich habe im letzten Plenum in der Rede gesagt, der Straßenausbau in Thüringen ist hoch. Darauf haben Sie, Herr Bergner, gesagt, ich würde hier das Thüringer Straßennetz über den Klee loben, das sei nicht angemessen. Ich meinte aber tatsächlich die Netzdicke und nicht den Zustand und da sind wir uns einig. Wir haben Winterschäden zu verkraften. Damit bin ich wieder dabei, wo sollen die Landesgelder hinfließen. Ich möchte Ihnen mal ein Beispiel nennen, wo Sie sich vielleicht - nicht vielleicht, sondern daran sollten Sie sich abarbeiten. Das ist garantiert die falsche Stelle, um über ein Straßennetz zu reden bzw. die Frage, wie wir damit umgehen, angesichts der Herausforderung auch den Haushalt zu sanieren. Es geht darum, ob die Landesregierung Mittel sinnvoll einsetzt und das Beispiel, das ich Ihnen nennen möchte, sind die geplanten Ortsumgehungen an der Landesstraße. Ich weiß gar nicht, wie sie heißt. Die Bezeichnung ist immer L und dann eine Nummer, aber das ist ohnehin nicht anschaulich genug. Es geht um die Ortsumgehungen Rohr und Untermaßfeld, wo die Landesregierung parallel zur A 71 Ortsumgehungen plant, die eigentlich dafür gedacht waren, genau diese Orte zu entlasten. Wir haben mit einer Kleinen Anfrage versucht, uns bei der Landesregierung zu den Planungen für diese Ortsumgehung zu informieren und haben nach den Zahlen gefragt, nach dem Verkehrsaufkommen vor dem Bau der A 71 und danach für beide Orte, Rohr und Untermaßfeld-Grimmenthal. Die Landesregierung kann dazu keine Angaben machen. Das sollte Sie auch interessieren als ehrbarer Ingenieur. Was halten Sie von solchen unseriösen Planungen, Herr Bergner? Sie zitieren dabei die Prognosen der DEGES und wir wissen inzwischen, dass diese Prognosen unrealistisch sind. Die zweite Begründung für diese Ortsumgehung ist die Tatsache, wir brauchen eine Bedarfsumleitung, falls die A 71 zwischen diesen beiden Anschlussstellen gesperrt wird. Da frage ich mal, wie realistisch ist es, dass der Papst demnächst nach Rohr kommt und man deswegen die A 71 sperren müsste, sehr geehrte Damen und Herren. Ich weise darauf hin, wie die Landesregierung beim ÖPNV zur Frage Parallelverkehr argumentiert, nämlich sie will den möglichst abschaffen, was ja bis zu einem gewissen Grad auch sinnvoll ist, aber die gleichen Regeln sollte man auch beim Straßennetz anwenden. Die Kosten für diese Ortsumfahrung sind mit 13 Mio. € beziffert. Ich glaube, diese wären sinnvoller in Kaltmischgut investiert. Sie haben mich ja eingeladen, Herr Bergner, diese Straßen zu besichtigen, Landesstraßen, die Ihrer Ansicht nach in einem beklagenswerten Zustand

**(Abg. Schubert)**

sind. Das ist genau die Baustelle, wo wir uns auch von Ihnen Unterstützung erhoffen. Denn wir sind allein in diesem Parlament, die diese Missstände anprangern. Aber vielleicht kommt im Zuge der Diskussion zu einem seriösen Haushalt etwas mehr Vernunft in dieses Parlament.

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Heym?

**Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr gern. Ich bin ganz Ohr. Wer denn?

(Beifall DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Bitte, Herr Heym.

**Abgeordneter Heym, CDU:**

Frau Kollegin Schubert, als Bürger von Rohr und ehemaliger Bürgermeister der Gemeinde Rohr, möchte ich Sie fragen: Ist Ihnen bekannt, dass die prognostizierten Zahlen, die die DEGES damals in der Planung der A 71 aufgestellt hat, Verkehrsaufkommen für diesen Zeitraum fast eine Punktlandung sind, das, was durch den anstehenden Quell- und Zielverkehr an Verkehrsaufkommen durch den Ort Rohr und die anliegenden Gemeinden fährt, dass diese Zahlen nicht daneben gegriffen waren, sondern dass die Zahlen genauso eingetreten sind, wie es prognostiziert war? Ist Ihnen das bekannt?

**Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Nein, es stand zumindest nicht in der Anfrage. Die Frage ist trotzdem, auch wenn vielleicht das Verkehrsaufkommen so ist, wie DEGES das prognostiziert hat, machen diese Ortsumfahrungen denn trotzdem Sinn? Wir haben noch nicht über die Zahlen gesprochen, die es gibt. Wir haben auch noch nicht darüber gesprochen, welche Prognosezahlen für 2020 und 2030 kursieren. Diese Diskussion müssen wir führen, Herr Heym.

**Abgeordneter Heym, CDU:**

Also diese Zahlen sind nach meinem Wissen vorhanden. Dann möchte ich noch eine zweite Nachfrage stellen. Haben Sie denn auch schon einmal mit den Bürgern aus den betroffenen Orten gesprochen, was die dazu sagen, unter welcher Verkehrsbelastung die leiden und welche Intention die Leute treibt, wo nämlich die Mehrheit der Bürgerschaft hinter diesen geplanten Verkehrsprojekten steht? Ist Ihnen das bekannt?

**Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Ich glaube nicht, dass Sie eine repräsentative Erhebung zitieren können, wonach die Mehrheit dahintersteht. Ich habe letzte Woche mit Bürgern gesprochen, die viele Argumente vorgetragen haben, warum diese Planungen, so wie sie sind, nicht sinnvoll sind. Das Defizit ist auch, welche Alternativen gibt es? Geschwindigkeitsbeschränkungen, Fahrverbot für Lkw - das sind die Sachen, die immer nicht so gern als Erstes zumindest in Erwägung gezogen werden, Herr Heym.

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Jetzt muss ich mich mal einmischen. Es gibt also jetzt mehrere Fragen. 12 Minuten Redezeit sind sowohl lang als auch kurz. Wir haben im Moment bei der Beantwortung der doch relativ umfangreichen Frage erst einmal die Redezeit angehalten. Wir müssen uns vor dem Hintergrund noch einmal verständigen, wie wir damit umgehen. Ich bitte aber ausdrücklich darum, dass Fragen dann auch wirklich Fragen an die Rednerin oder den Redner sind und nicht zu eigenen Statements genutzt werden,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil wir sonst bei der Redezeitbegrenzung wirkliche Probleme bekommen. Ich kann jetzt erst mal nur so handeln. Wir haben erst einmal die Redezeit angehalten. Frau Doht stellt jetzt ihre Frage und dann starten wir die Redezeit wieder. Wenn Sie das darf und Frau Abgeordnete Schubert das gestattet.

**Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Ich gestatte es.

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Und wie ist es mit Herrn Recknagel?

**Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Auch.

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Sie wollen auch, ja? Gut.

**Abgeordnete Doht, SPD:**

Ich mache es auch kurz. Ich wollte eigentlich nur fragen, was die Ortsumgehung Rohr und die geplanten Verkehrszahlen mit den hier vorliegenden Änderungen des Straßengesetzes durch die FDP zu tun haben?

**Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Das kann ich Ihnen gern beantworten. Die haben insoweit etwas damit zu tun, Sie haben auch darauf hingewiesen, in welchem Kontext der Gesetzentwurf der FDP hier eingebracht wurde, nämlich wir wollen gleichzeitig den Haushalt sanieren und müssen uns über die Standards beim Straßenbau unterhalten. Da ist es sinnvoll zu hinterfragen, welche Maßnahmen, die die Landesregierung plant, möglicherweise zugunsten einer Sanierung des Straßennetzes entbehrlich sind.

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Gestatten Sie auch die Anfrage des Abgeordneten Recknagel, Frau Schubert?

**Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Ja.

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Bitte.

**Abgeordneter Recknagel, FDP:**

Danke schön. Zwei Fragen oder eine Frage eigentlich. Sie haben Ihr oder ein Wahlkreisbüro in Meiningen. Darf ich daraus schließen, dass Sie des Öfteren diese Strecke durch Rohr benutzen. Haben Sie sich schon einmal die Frage gestellt, was passiert, wenn die steile Strecke nach Rohr hinein ein Lkw, ein Gefahrguttransporter beispielsweise befährt, ähnlich wie es vor Jahren mal in Herborn passiert ist?

**Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Nein, ich fahre selten mit dem Auto nach Meiningen, aber ich werde auch mich weiter vor Ort erkundigen, um genau dieses Problem mit zu beleuchten. Ich glaube aber, dass es ein, mit Verlaub, sehr an den Haaren herbeigezogenes Detail ist.

(Unruhe FDP)

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Das ist ja ein Witz.)

Wenn wir diese Unfälle überall ausschließen wollten, dann könnten wir manche Straßen gar nicht mehr haben, das ist jetzt nicht besonders redlich. Ich fahre fort.

(Unruhe CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Ich würde darum bitten, dass die Rednerin jetzt weitersprechen kann.

**Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Danke. Sonst kommen Sie doch noch einmal nach vorn oder - noch besser - wir haben damals den Landesverkehrswegeplan hier eingebracht. Auch hier gab es leider keine Zustimmung, dazu zumindest einmal im Ausschuss zu diskutieren. Da bin ich ganz bei Ihnen und bei Ihnen, der Fraktion DIE LINKE. Lassen Sie uns im Ausschuss endlich einmal fachlich und sachlich darüber diskutieren. Diese Bereitschaft ist im Ausschuss bis jetzt nicht da, das ist sehr schade.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Sie können doch einen Antrag stellen im Ausschuss, alles was Sie nur wollen.)

Frau Tasch, mit Verlaub, selbst wenn wir acht Tagesordnungspunkte haben, sind wir in der Regel in 50 Minuten fertig in diesem Ausschuss. Also ich habe leider noch keine längeren Redebeiträge gehört von Ihnen in diesem Ausschuss.

(Unruhe CDU)

Darüber würde ich mich sogar freuen. Lassen Sie uns endlich diskutieren.

Jetzt komme ich aber tatsächlich wieder zur Sache. Weiteres Beispiel: Die B 19, da wäre es endlich angezeigt, dass die Landesregierung sich hier ehrlich macht und beantragt, dieses Projekt zu streichen. Die Landesregierung, insbesondere der Verkehrsminister, sollte an dieser Stelle einmal zuhören. Ich will es auch gar nicht mehr so lange ausdehnen, weil es wieder nur ein Beispiel für eine Verlagerung der Verantwortlichkeiten ist. Die 100 Mio. € - sagt sich das Land - bezahlt ohnehin der Bund. Es ist wahrscheinlich noch nicht so oft vorgekommen, aber ich glaube, das wäre ein Punkt, wo Thüringen anfangen kann zu sagen, das ist ein Projekt im Bundesverkehrswegeplan, das wollen wir nicht, bitte streichen Sie es. Warum tun Sie es nicht? Sie haben Angst, dass diese 100 Mio. € in einem anderen Bundesland für ein anderes sinnloses Straßenprojekt ausgegeben werden und sinnlos Asphalt in die Landschaft geleistet wird.

Jetzt möchte ich den letzten Punkt darlegen, eine ganz aktuelle Meldung, aus der ich teilweise auch zitieren möchte, und zwar aus der Verkehrsrundschau. Der Mobilitätsexperte Liedtke vom Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung hat vor drei Tagen gesagt, die langfristigen Güterverkehrsprognosen des Bundesverkehrsministeriums sollten revidiert werden. Und da kam nämlich raus, dass das Güterverkehrsaufkommen bis 2010 um 15 Prozent geringer ist als es einmal prognostiziert

**(Abg. Schubert)**

wurde. Das heißt, wir müssen sehr dringend überlegen bzw. neue Berechnungen machen für 2020. Damit wird auch die Gefahr von Unfällen geringer sein, weil wir einfach nicht mehr so viel Güterverkehr auf unseren Straßen haben werden. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Die Fraktion hätte noch 2 Minuten 50 Sekunden Redezeit. Ich rufe für die FDP-Fraktion den Abgeordneten Bergner auf.

**Abgeordneter Bergner, FDP:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Besucherinnen und Besucher, das Verhalten der Mehrheit im Hause im vergangenen Plenum war für mich enttäuschend. Die Bereitschaft zur Diskussion, meine Damen und Herren, wurde unter falschen und zumindest teilweise vorgeschobenen Argumenten abgelehnt.

(Beifall FDP)

Sie haben behauptet, wir würden mit unserem Gesetzentwurf verlangen, Straßen grundsätzlich breiter auszubauen. Das ist falsch, wir haben im Gesetzentwurf lediglich auf die Ausbaudicke abgestellt bei Tragfähigkeitsschäden; das ist wiederum fachlich richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Wir haben noch nicht einmal Trassierungsdefizite aufgegriffen, von denen es viele im Lande gibt, nur um hier im Hause eine kompromissfähige Linie aufzuzeigen, meine Damen und Herren. Sie haben behauptet, wir würden die Umstufung von Straßen verhindern wollen. Das ist falsch, wir wollen sie aber vom Kopf auf die Füße stellen und zu mehr Gerechtigkeit beitragen, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Wenn ich die Kritik an der Möglichkeit der geldlichen Ablösung höre, dann geht auch diese Kritik am Inhalt vorbei. Denn es ist nicht selten der Fall, dass zum Beispiel ein Zweckverband Leitungen bauen will in zwei, drei Jahren. Da wäre es falsch, erst die Straße zu bauen und dann mit der Leitung reinzugehen, sondern dann wäre die geldliche Ablösung genau der richtige Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Sie suggerieren, dass der Ausbau auf dem Niveau von Landesstraßen zwangsläufig zu deutlich höheren Ausgaben führen würde als bei kommunalen Straßen. Ich sage Ihnen als Bauingenieur, und zwar mit der Vertiefung Straßenbau: Auch das ist falsch. Maßgeblich für die Einordnung in die Bau-

klasse und damit die Dimensionierung ist die sogenannte Belastungszahl. Wenn die Belastungszahl vor der Umstufung so niedrig ist, dass die Straße wegen der damit korrelierenden Verkehrsbedeutung abgestuft werden soll, kommt auch vor der Umstufung kein nennenswert größerer Aufwand heraus. Das ist wiederum fachlich richtig, Herr Kollege.

(Beifall FDP)

Sie stellen sich hin und sagen, die Landesstraßen zweiter Ordnung seien sowie alle eher Ortsverbindungsstraßen. Herr Minister, das ist auch falsch, und dass Sie das selbst so sehen, zeigen Sie in Ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage Nr. 1301. Dort führen Sie aus, die Landesstraße zweiter Ordnung von Triebes in Richtung Dörtendorf sei vorrangig zu betrachten vor der Landesstraße erster Ordnung 1083. Sie haben behauptet, meine Damen und Herren, wir würden die Rechtslage verkomplizieren. Ich sage Ihnen, was Ihre Art von Einfachheit im bestehenden Straßengesetz ist. Sie wollen einfach weiter die Landkreise, Städte und Gemeinden über den Tisch ziehen, so wie das derzeit traurige Praxis ist.

(Beifall FDP)

Herr Kollege Wetzel, ich zeige Ihnen die Praxis, die eben nicht so aussieht, wie Sie das sagen. Das hier ist eine ehemalige Landesstraße zwischen Wünschendorf und der Bundesstraße 92 übertragen an den Landkreis Greiz. Das hier ist dieselbe Landesstraße, Herr Kollege Wetzel. Das hier ist eine Landesstraße von Wünschendorf in Richtung B 175 übertragen an den Landkreis Greiz und es ist Flickschusterei ohne Ende, was dort gemacht wurde, die einem die Schamröte ins Gesicht treiben muss.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, das ist eine Form von Einfachheit, die wir nicht mittragen, weil sie schlicht und einfach so unfair wie unanständig ist.

(Beifall FDP)

Was wir wollen, meine Damen und Herren, ist nichts weiter als ein fairer Umgang auf Augenhöhe zwischen Partnern, die sich vertrauen können. Deshalb wollen wir eine klare Definition des Straßenzustands zum Zeitpunkt der Übergabe. Deshalb wollen wir das Einvernehmen zwischen Übernehmendem und Übergebendem anstatt gnädiger Anhörung ohne Folgen auf den Entscheidungsprozess.

(Beifall FDP)

Deshalb, meine Damen und Herren, haben wir an Kriterien gearbeitet, die nach unserer Auffassung dem Land die Luft zum Atmen lassen und den Kommunen aber nicht nehmen. Anders als von den meisten angenommen, ist eben nach dem derzeitigen